

Die Nazis und das Kapital

In der deutschen Politik der Nachkriegsgeschichte nimmt die Freundschaft zu den USA einen ganz besonderen Stellenwert ein. Ja es war bis zum Irak-Krieg überhaupt ausgeschlossen, die USA zu kritisieren oder sich nicht auf ihre Seite zu stellen. Der Grund hierfür ist klar: die Amerikaner haben uns vor 60 Jahren todesmutig und selbstlos von der faschistischen Diktatur befreit. Doch todesmutig und selbstlos war die Landung in der Normandie allenfalls für die Soldaten der US-Army. Für ihre Generäle und die Politiker war der Einsatz Teil einer politischen Strategie.

Für das US-Kapital kam die Nazi-Diktatur in Deutschland alles andere als unrecht. Lange Zeit setzte man bewusst auf Hitler als „anti-sowjetisches Bollwerk“ in Europa. Doch das war nicht der einzige Grund. Mitte der 20er-Jahre befand sich die komplette Weltwirtschaft in der Krise. Diese Krise war Ausdruck einer gigantischen Überproduktion, welche charakteristisch für den Kapitalismus ist. Die Gewinne der Unternehmen sanken rapide und die Arbeitslosigkeit schnellte in die Höhe. Wie wir alle wissen war auch das der Grund, warum Hitler in Deutschland an die Macht kam. Durch den Kriegsausbruch in Europa konnten sich die USA sicher sein, dass alle europäischen Staaten auf längere Zeit hin enormen Rüstungsbedarf haben werden. Das Nachfrage-Problem war gelöst. US-Konzerne machten bis weit in den Krieg hinein lukrative Geschäfte in und mit Nazi-Deutschland. Dass die USA dann doch noch auf der alliierten Seite eingriff, lag einerseits daran, dass die militärischen Erfolge von Hitler in Europa der US-Elite dann doch etwas zu weit gingen, aber auch vor allem weil sich das Kriegsgeschäft mit Großbritannien als noch gewinnbringender erweisen sollte. Insgesamt kann man feststellen, dass die kapitalistische Wirtschaft ohne den 2. Weltkrieg, der Millionen von Opfern forderte, sich nicht wieder erholt hätte.

Und so sind die gleichen „Corporations“, die damals fröhliche Geschäfte mit Nazi-Deutschland machten, nie zur Rechenschaft gezogen worden und heute noch in der ganzen Welt geliebt und geachtet. (Die folgende Auswahl umfasst natürlich nur einige wenige von vielen Beispielen*)

IBM

IBM ist noch heute einer der größten Software-Konzerne der Welt. Seinerzeit spielte der Konzern für die mörderischen Vorhaben der Nazis eine entscheidende Rolle. Es war die Lochkartentechnologie – Vorläufer des Computers – von IBM, welche die Nazis befähigte, die Verfolgung von Regime-Gegnern und „Untermenschen“ zu automatisieren. Ihre Rechenmaschinen wurden dazu benutzt, um Listen von Juden und sonstigen Opfern zu erstellen, die deportiert werden sollten, und um KZ-Insassen sowie Zwangsarbeiter zu registrieren. Die Geschäfte wurden über das deutsche Tochterunternehmen Dehomag organisiert, dessen Gewinne während des Krieges katapultartig anstiegen. Ohne die fortgeschrittene Technologie von IBM wäre es den Nazis kaum möglich gewesen, den Holocaust derart effektiv auszuführen. (Buchtip: „IBM und der Holocaust“ von Edwin Black, Propyläen Verlag)

General Motors

General Motors trägt einen großen Anteil daran, dass Nazi-Deutschland im Krieg auf neueste Technologie bauen konnte. Die Nazis tasteten die Besitzverhältnisse von GM nie an. So blieb Opel, die deutsche Tochtergesellschaft von GM, während der gesamten Nazi-Herrschaft in GM-Besitz. Die deutschen Zweigwerke von GM wurden nach einem Treffen von Hitler und Göring mit dem GM-Vertreter Mooney am 19. und 20. September 1939 gänzlich auf Kriegsproduktion umgestellt. Das Berliner Opel-Werk war dabei so erfolgreich, dass die Nazis ihm den ehrenvollen Titel „Kriegsmusterbetrieb“ verliehen. GM setzte Kriegsgefangene vor allem aus Frankreich und der Sowjetunion ein. Die Gestapo sorgte persönlich dafür, dass die sogenannten Fremdarbeiter auch gut arbeiteten. Ihr Einsatz war gekennzeichnet von maximaler Ausbeutung und der Todesstrafe bei kleinsten Vergehen.

GM wurde nach dem Krieg nicht nur nicht bestraft, sondern erhielt sogar eine Entschädigung für Beschädigungen, die ihre Opel-Niederlassungen während der Luftangriffe der Alliierten erlitten, in Höhe von 33 Millionen US-

Dollar vom amerikanischen Staat.

Ford

Auch Ford war maßgeblich am Nazi-Kriegserfolg beteiligt. Zu einem gegebenen Zeitpunkt stellten Ford und GM zusammen nicht weniger als die Hälfte der deutschen Gesamtproduktion an Panzern. Henry Ford, der Gründer des Unternehmens, war bekennender Antisemit, der Hitler bewunderte, finanziell unterstützte und sogar mit seinem antisemitischen Buch „The international jew“ inspirierte. Ford lieferte den spektakulärsten Fall von Missbrauch von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen. Das Unternehmen setzte ab 1942 Kriegsgefangene aus Belgien, der Sowjetunion, Frankreich und anderen besetzten Ländern ein, hielt diese Menschen unter unmenschlichen Bedingungen hinter Stacheldraht gefangen, ließ sie jeden Tag außer Sonntag 12 Stunden lang schuften und zahlte ihnen nicht den geringsten Lohn. 1944 wurde Ford von den Nazis Häftlinge aus dem KZ-Buchenwald zur Verfügung gestellt, welche noch schlechter behandelt wurden.

Coca-Cola

Coca-Cola war seit jeher mit von der Partie, wenn es darum ging Arbeitsrechte zu verletzen und von brutaler Repressionspolitik zu profitieren. Die deutschen Zweigwerke von Coca-Cola konnten ihre Gewinne enorm erhöhen, als sie der Wehrmacht in besetzte Länder wie Frankreich und Belgien folgen durfte. Als nach dem Angriff auf Pearl Harbor der Coca-Cola-Sirup nicht mehr aus den USA importiert werden konnte, ging der Verkauf mit einem neuen Getränk namens Fanta weiter, von dem allein im Jahre 1943 nahezu 3 Millionen Kisten verkauft wurden. Diese enorme Produktion konnte nicht zuletzt durch den Einsatz von Kriegsgefangenen bewerkstelligt werden. Das Engagement von Coca-Cola kann wohl kaum mit seinem Image vereinbart werden, welches für „Freiheit und Demokratie“ steht.

*Alle Angaben aus dem Buch „Der Mythos vom guten Krieg“ von Jacques Powels, Papy Rossa Verlag

Europa Rascista!

Vertreibung der Roma und Sinti aus Frankreich

September 2010

Die widerwärtigen rassistischen Machenschaften von Sarkozy und seiner Regierung in Frankreich sollten alle Anti-Rassist_innen und fortschrittliche Jugendliche Gift und Galle spucken lassen. Seit geraumer Zeit führt Nikolai Sarkozy seinen selbst angekündigten „Krieg“ gegen die über 8000 in Frankreich lebenden Roma und löst seither systematisch „illegale“ Roma Siedlungen auf und schiebt deren Einwohner nach Rumänien oder Bulgarien ab. Bis jetzt wurden über 100 Personen nach Bulgarien abgeschoben und das weitere Vorgehen ist für die französische Regierung sehr klar: Es sollen bis Ende Oktober 250 Roma Siedlungen aufgelöst und weitere Roma abgeschoben werden.

Roma und Sinti leiden in gesamt Europa unter unvorstellbar miserablen Lebensbedingungen, enormen rassistischen Hetzkampagnen und in Teilen Europas sogar unter Ausschluss aus dem Bildung- und Arbeitssektor. In Wirklichkeit haben Roma und Sinti im kapitalistischen System überall den Status von Bürgern Dritter Klasse! Leider zieht sich dieses traurige Schicksal durch die gesamte Geschichte der Roma und Sinti: Gesellschaftlicher Ausschluss und absolute Diskriminierung von Roma und Sinti im Mittelalter, verübter Genozid an Roma und Sinti zu Zeiten der NS- Herrschaft, Weigerung der Anerkennung der Verbrechen die an Roma und Sinti während der Nazi-Zeit verübt worden, pogromartige Ausschreitungen und politische Hetzkampagnen vor allem im Osten Europas (geforderte „Endlösung der Zigeunerfrage“ in tschechischer Wahlwerbung, pogrom-artige Ausschreitungen und Gewaltakte gegen Roma in Ungarn...). Die heutige Situation der Roma ist noch immer ein Desaster und vor allem im Osten hat sich ihre Situation nach dem Zusammenbruch des Stalinismus enorm

verschlechtert.

Die Hetzkampagne gegen Roma beschränkt sich natürlich nicht auf Frankreich sondern ist in ganz Europa zu finden. In Ungarn, Italien, Bulgarien und vielen weiteren Ländern werden neben widerlichen politischen Anti-Roma Kampagnen auch organisierte Gewaltakte gegen Roma organisiert. Man kann sicher von einem mehr oder weniger Europaweiten systematischen Terror gegen Roma und Sinti sprechen. Roma und Sinti werden politisch ausgenutzt um als Sündenbock für die Krise, von der eigentlichen Schuld der Banker und Aktienspekulanten und über die verschissene wirtschaftliche Lage, hinwegzutäuschen. Hierbei zerstört dieses kapitalistische System wie immer die Existenzen der ärmsten der Armen und hetzt die Gesellschaft gegen die wehrlosen Teile einer Gemeinschaft auf in der Hoffnung die Arbeiterinnen und Arbeiter würden in der Blindheit ihres Hasses vergessen dass wir alle das selbe Leid ertragen, dass wir nur zusammen kämpfen können und dass die Feinde nicht die Roma und Sinti sondern die Banker, Bullen, Bosse und Börsenmakler dieser Welt sind.

EU Politiker_Innen und bürgerliche Medien können sich bei den Geschehnissen in Frankreich an geheuchelter Empörung gar nicht übertreffen und sehen in Sarkozys Politik die Gleichberichtigung aller EU Bürger gefährdet. Diese höhnischen Krokodilstränen sollen sie sich sparen, in dem von ihnen geführten und aufrechterhaltenen System dass auf Ungleichheit, Ausbeutung, Diskriminierung und Ungerechtigkeit beruht gleicht ihr Geschwafel von Freiheit und Gleichheit einem Schlag ins Gesicht. In diesem System werden wir Jugendliche, Frauen, Arbeiter_Innen, Migrant_Innen wie auch Roma und Sinti niemals frei sein und wird es niemals Gerechtigkeit und Gleichberechtigung geben deshalb müssen wir organisiert für ein neues, ein von Unten nach Oben aufgebautes und ein klassenloses System kämpfen....für den Sozialismus....für die Revolution

Nationaler Antikriegstag? - Die neue Argumentation der Neofaschisten

Nationaler Antikriegstag? Die Argumentation der Neofaschisten

REVOLUTION September 2009

Angesichts des „nationalen Antikriegstags“ planen Neonazis am 5. September 2009 in Dortmund eine Großdemonstration, um der Öffentlichkeit ihre menschenverachtenden Ideologie unter dem Vorwand des Pazifismus und Antikapitalismus zu präsentieren. Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise droht die Gefahr des Wachstums der faschistischen Bewegungen immer akuter zu werden – eine Entwicklung, der nur der entschiedene Kampf gegen den braunen Hassmob entgegengesetzt werden kann!

Wir von REVOLUTION rufen wie zahlreiche AntifaschistInnen in ganz Deutschland zur Gegendemonstration am 5. September in Dortmund auf, um den Nazis zu zeigen, dass wir ihr Spiel durchschauen, um sie zu demaskieren und ihren rassistische Ideologie zu offenbaren.

Wie bereits vor den Demonstrationen der letzten 4 Jahren scheuen sich die Neonazis nicht, in Vorbereitung des „nationalen Antikriegstags“ ihre realen Ziele unter einem pseudo-antimilitaristischen Deckmantel zu verstecken. Doch im Gegensatz zur vorherrschenden Strategie der letzten Jahrzehnte sind die Faschisten bemüht, sich radikal und antikapitalistisch zu profilieren.

Die hierbei dominierende Strömung bezeichnet sich selbst als „Autonome Nationalisten“ und als „Freier Widerstand“ – ein eindeutiges Aufgreifen linksradikalen Vokabulars. Auch die Kleidung der „Autonomen Nationalisten“ ist von Einflüssen antifaschistischer Bewegungen geprägt; so demonstrieren auch viele Nazis inzwischen in „schwarzen Blöcken“ und tragen Palästinensertücher.

Doch der radikal-antikapitalistische Eindruck verschwindet nach einem Blick unter die Oberfläche.

So behaupten die Faschisten in ihrem Aufruf, den Kampf gegen die imperialistischen Kriege der USA zum Ziel zu haben und Gerechtigkeit und Frieden anzustreben. Da diesen Kriegen das kapitalistische Wirtschaftssystem zugrunde liege, müsse man das Übel an der Wurzel fassen und den Kapitalismus zu überwinden versuchen. So weit, so gut... Doch der imperialistischen Globalisierung wird der völkische „soziale“ Nationalismus entgegengesetzt. Laut den naiven Parolen der faschistischen Demagogen funktioniert Kapitalismus international – ein nationales System muss also sozialistisch sein. Die Erklärung des Kapitalismus bleibt ebenso wie die Erläuterung der angeblichen nationalistischen Alternative aus; kein Wunder, denn eine nationale Alternative zum Kapitalismus gibt es nicht, schon gar nicht eine sozialistische.

Anders als die Nazis behaupten beruhen Wirtschaftssysteme primär auf den Beziehungen der im Produktionsprozess involvierten Klassen zueinander, also auf den Produktionsverhältnissen – nicht auf ideellen Konstrukten wie Nationen und Völkern. So existieren im Kapitalismus maßgeblich zwei soziale Klassen: das Bürgertum als die Produktionsmittel besitzende Klasse und die lohnabhängige Arbeiterklasse. Doch allein diese Tatsache wird von den vorgeblich sozialistischen Nationalisten schon verleugnet. Anstelle von Klassen berufen sie sich auf Volk und Nation. So lassen die Faschisten die gegensätzlichen wirtschaftlichen Interessen der sozialen Klassen unter den (Stamm-)Tisch fallen und unterstellen identische Interessen innerhalb von „Volk“ und „Nation“. Diese Interessen stehen laut ihnen im Widerspruch zum globalen Kapitalismus. So fordern die angeblich radikal-antikapitalistischen Faschisten nicht etwa eine Alternative – sie setzen sich für einen

aggressiven, nationalen, deutschen Kapitalismus ein.

Eine derartige Strategie ist alles andere als neu – auch in den 1930ern profilierten sich weite Teile der NSDAP als antikapitalistisch. Ebenso wie die heutigen Faschisten versuchte Hitler, sich als Pazifisten und Antimilitaristen darzustellen, während er zugleich die Interessen des Großkapitals durchzuführen bemüht war und so massive Kriegsvorbereitungen in die Wege leitete.

Dass der Faschismus eine kompromisslose Form des Imperialismus darstellt, gilt trotz der heuchlerischen Behauptungen seiner Anhänger auch heute. Somit muss der Kampf gegen den Faschismus ein Kampf gegen die bürgerliche Klasse sein, denn ihre Interessen werden durch den Faschismus realisiert.

Der Antifaschismus gewinnt in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise zunehmend an Aktualität; in anderen europäischen Ländern wie Ungarn und Großbritannien erstarken faschistische Parteien und Bewegungen bereits deutlich und auch in Deutschland häufen sich rechtsextreme Übergriffe.

In Dortmund selbst, mittlerweile Hochburg der Faschisten im Westen Deutschlands, griffen am 1. Mai 300 Neonazis eine Gewerkschaftsdemonstration gewaltsam an.

Wir von REVOLUTION fordern den bedingungslosen Kampf gegen Faschismus, Nationalismus und Rassismus! Antifaschismus heißt Klassenkampf – am 5. September in Dortmund und überall sonst auf der Welt.

Kleinbürgerlicher Rassismus

Juni 2008

Seit dem ausgerufenen „Krieg gegen den Terrorismus“ betreiben die westlichen Staaten nicht nur direkten Krieg gegen islamische Völker, wie im Irak oder in Afghanistan – nein auch in den westlichen Gesellschaften findet eine rassistische Kampagne, gegen die Kultur und die Religion von Millionen MuslimInnen statt. Den aktuellen Beitrag lieferte der niederländische Rechtspopulist und Rassist Ruud Wilders. In einem Film, welcher über Internet zu bekommen war, werden die Bilder der verschiedenen Anschläge der letzten Jahre mit Suren (Versen) des Koran unterlegt, damit soll ein direkter Zusammenhang zwischen der Religion und den Selbstmordattentaten hergestellt werden.

Als „Lösung“ dieses Konfliktes empfiehlt Wilders den Koran zu verbieten, von dieser Schrift ginge genau soviel Gefahr aus wie von Hitler's „Mein Kampf“. Nur wenige Tage zuvor hatten dänische Zeitungen wieder Mohammed Karikaturen veröffentlicht, um ihrer Meinung nach die Pressefreiheit vor Zensur zu schützen. Während die islamischen Völker durch Besatzung, Krieg und soziale Not viel Leid erfahren müssen, werden die hier lebenden MuslimInnen mit rassistischer Hetze konfrontiert. Seit den Anschlägen von New York, Bali, London und Madrid gelten gläubige Muslime als verdächtig, besonders wenn sie auch noch eine politische Meinung zum Irak oder zu Palästina haben. Ihre Kulturvereine und ihre sozialen Einrichtungen stehen unter verschärfter Beobachtung der Dienste, islamische StudentInnen mussten 2001 eine Rasterfahndung über sich ergehen lassen.

In dieser politischen Stimmung haben es Rechtspopulisten und Faschisten leicht gegen die Muslime zu hetzen, so unterscheiden sich die Forderungen zu Aufenthaltsrecht oder Bestrafung von MuslimInnen nur noch punktuell zwischen der NPD und dem hessischen Ministerpräsidenten Koch z.B.

So toleriert auch in Dänemark die rassistische Volkspartei die Regierung der Konservativen und setzte eines der schärfsten Ausländergesetze durch. In den Niederlanden war es der Populist Pit Fortuyn welcher mit antiislamischer Hetze mehr als 20% bei den Wahlen erreichen konnte und in die Regierung einzog, bevor er von einem Attentäter umgebracht wurde. In allen europäischen Staaten profitieren die Rassisten und Faschisten von der antiislamischen Politik ihrer Regierungen, erlangen Wahlerfolge und regieren oftmals direkt mit den bürgerlichen Parteien, wie jetzt auch wieder in Italien.

In Deutschland finden wir in den Medien und der sog. Öffentlichkeit immer wieder „Intellektuelle“ die sich als rassistische Lautsprecher hervor tun. Da ist zum einen Henryk M Broder ein Schriftsteller, zu nennen oder auch Alice Schwarzer, die Vorzeigefeministin oder auch Ralph Giordano der in Köln zusammen mit Faschisten in einer Bürgerinitiative gegen einen Moscheebau aktiv ist.

Broder warnt in seinen Büchern vor dem Untergang der westlichen Kultur, das der Westen zu schwach sei die Herausforderung des Islam anzunehmen und wir immer noch in einer viel zu liberalen Multi-kulti Gesellschaft leben würden. Für ihn ist der niederländische Rassist Wilders ein „radikaler Liberaler“, der den Westen verteidigen will und den Broder im Spiegel Leitartikel politisch verteidigt. Ebenso wie viele antideutschen Literaten und Journalisten machen hier Intellektuelle rassistische Stimmung für den imperialistischen Staat, unterfüttern den gewollten Krieg nach außen, mit Propaganda nach innen.

Auch Intellektuelle wie Schwarzer oder Giordano sprechen vom „Islamofaschismus“ und fordern eine „wehrhafte“ Demokratie im Kampf gegen die religiösen Extremisten.

Während der bürgerliche Staat immer mehr „Bürgerrechte“ abbaut und besonders für Muslime den Repressionsapparat ausbaut, betreiben manch ehemals „linke“ Intellektuelle ideologische Arbeit für diesen rassistischen Staat.

Als kommunistische Jugendorganisation wollen wir von REVOLUTION diese Hetze bekämpfen und die Rechte unserer muslimischen Schwestern und Brüder verteidigen. Als konsequente Antifaschisten bekämpfen wir nicht nur den Neonazi der NPD, sondern auch den Rassisten der als Intellektueller tarnt. Wir treten für Recht auf Widerstand ein, hier gegen die rassistischen Gesetze und in den besetzten islamischen Staaten gegen die imperialistischen Besatzer. Es ist ein allgemein gültiges Recht, das jedes angegriffene Volk sich gegen einen Angriff wehren darf, die USA nehmen dieses Recht seit 2001 wahr, womöglich auch noch gegen den Iran vor dem Ende von Bush Amtszeit. Doch dieses Recht steht jedem Volk zu, auch dem afghanischen, dem irakischen, dem palästinensischen und dem libanesischen Volk im Kampf gegen den Imperialismus.

Wenn wir diesen Widerstand unterstützen, bekämpfen wir gleichzeitig die

reaktionäre Ideologie von Teilen des Widerstands. Als MarxistInnen bekämpfen wir die Religion und die davon ausgehenden Illusionen auf das schärfste, jede Form von religiöser Verklärung ist ein Hindernis auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft. Wenn wir die Rechte von islamistischen Organisationen verteidigen, dann verteidigen wir nicht ihre Ideologie – wir verteidigen sie gegen den repressiven imperialistischen Staat und seine Ideologen!

Revolutionär Antifaschistische Liste an der Uni Kassel

Mitarbeit in der Revolutionär Antifaschistischen Hochschulliste

REVOLUTION Mai 2008

Sehr geehrte(r) Leser/in,

wie Du mit Sicherheit weißt, konsolidiert
sich unsere Gesellschaft aus ständigen
Klassenkämpfen. Ob in Schule, im
Studium, in der Ausbildung oder an der
Arbeit, wenn wir nicht Opfer anderer Interessen
sein, sondern ein selbst bestimmtes
Leben führen wollen, müssen wir
uns mit Gleichgesinnten organisieren

und als Akteur in dem jeweiligen Klassenkampf positionieren und intervenieren.

Dieser Artikel berichtet von einer dieser Auseinandersetzungen – dem Antritt einer neuen Hochschulliste, dem Wahlkampf an der Uni Kassel, und der Arbeit/Aktion innerhalb und außerhalb des Studentenparlaments der Revolutionär Antifaschistischen Liste.

Kassels

Mitglieder von REVOLUTION sind generell politisch. So haben wir uns auch an den Protesten gegen Studiengebühren in Hessen und bundesweit beteiligt (Demonstrationen/ Boykotte). Doch wurde uns in dieser Auseinandersetzung auch bewusst, dass der ASTA(Jusos) in Kassel nur den Landeswahlkampf 2008 im Sinne hatte und dementsprechend agierte. Bei den Demonstrationen gaben die ASTA-Leute den Mitstreitenden zu verstehen, dass dieses Problem nur im Parlament entschieden werden könne. Parolen wie: KOCH MUSS WEG!, skandierten durch die hessischen Städte wie Kassel, Marburg, Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt, etc.

An der Uni Kassel waren wir zu dieser Zeit noch nicht organisiert, haben nur im

PROTEST-PLENUM mitgearbeitet
und die SOZIAListe
bei ihrem Wahlkampf im Vorjahr
unterstützt.

Bei einer REVO-Veranstaltung haben
wir im Zuge einer Debatte rund um das
Studium wie wir es uns vorstellen sehr
schnell begriffen, dass wir uns als Liste
an der Uni aufstellen müssen.

Da die Zusammenarbeit mit SOZIAListe
nicht ergiebig war, haben wir von
REVOLUTION Kassel uns an die Studenten
Kassels gewandt eine neue Liste
zu gründen. Es folgte rasch ein Treffen
von Interessenten aus dem Milieu der
ANTIFA, des autonomen Kreises und
diverser unorganisierter Einzelpersonen.
Aus diesem Treffen ergaben sich weitere
progressive Sitzungen, was endlich in
folgenden Forderungen mündete:

- Referate für studentische Beschäftigte
- Wiederherstellung des Internationalismus
Referats
- Aufbau eines Antifa Referats
- Für die Abschaffung jeglicher Studiengebühren
- Für ein BAföG von 1000 € mtl. für alle
StudentInnen
- Für die Ausweitung des Semestertickets
- Gegen die selektiven Vorschriften der

Bachelor-& Masterstudiengänge

- Für ein selbstbestimmtes/mündiges Studium

Obwohl wir keine Partei hinter uns hatten wie fast alle anderen Hochschullisten konnten wir trotzdem einen Sitz im Studentenparlament erreichen. Wir sind uns bewusst, dass durch das Parlament keine umfassende Änderung herbeiführen können, jedoch nutzen wir es als Möglichkeit dort die Wahlversprechen der „regierenden“ Listen zu überprüfen und auch anzukreiden.

Das Thema Bildung ist mit der Gesellschaft eng verknüpft, daher versuchen wir als R.A.L. gesamtgesellschaftliche Ereignisse bzw. Zustände an die Uni zu tragen, um unsere KommilitonInnen ein bisschen mehr zu informieren und politisieren! Hierfür veranstalten wir bisher schon solche Themenabende:

Venezuela – Sozialismus
des 21. Jahrhunderts?

NATO Sicherheitskonferenz
– Sicherheit
durch Krieg?

Privatisierung von Abschiebung-
Kein Mensch ist
illegal!

Wir freuen uns auch sehr,
wenn Menschen außerhalb der
Universität Kassel zu unseren
Veranstaltungen kommen, und wir
so mit ihnen Fragen diskutieren können.
Weitere Infos folgen, auch unter
www.myspace.com/ra_liste

Bericht Demo Weiler 15.12.07

Bericht zur antifaschistischen Demo in Weiler

Am 15.12.07 fand in Schorndorf-Weiler eine von REVOLUTION Stuttgart initiierte antifaschistische Demonstration statt. Anlass war die Kneipe „Linde“, die seit längerem von Mitgliedern der NPD als Basis zur Verbreitung ihrer faschistischen Propaganda genutzt wird.

Etwa 500-1000 Menschen kamen, um offensiv gegen die Präsenz der Rechtsextremen zu protestieren. Erfreulicherweise waren sehr viele Jugendliche vor Ort, die eine aktive und kämpferische Atmosphäre bereiteten. Die Jugendlichen waren meist aus dem autonomen Umfeld. Wider erwarten konnten die Faschisten angesichts der starken linken Demo keine Gegenaktion auf die Beine Stellen.

Zahlreiche Teilnehmer mussten Repressalien der Staatsmacht über sich ergehen lassen (Kontrollen und Personalien-Aufnahme vor der Demo). Diese riegelte außerdem die „Linde“ mit einem Großaufgebot ab, um diese vor der Volksgewalt zu schützen. Besonders ironisch, wenn man bedenkt, dass die

Polizei im Vorfeld versichert hatte, bei der Demo „im Hintergrund“ zu bleiben.

Die Demonstration war ein großer Erfolg für den antifaschistischen Widerstand. Es konnte ein Bündnis zahlreicher linker, lokaler und überregionaler Organisationen und Parteien aufgebaut werden. Die Zahl der Demonstrant/innen übertraf unsere Erwartungen. Für die NPD-Faschisten war die Demonstration ein schwerer Schlag, da sie sich in der überwiegend bürgerlich-konservativ geprägten schwäbischen Provinz bisher sicher wähnten.

Besonders wichtig war es jedoch, den Einwohnern der Gegend, die als Hochburg der Rechtsextremen gilt, Flagge zu zeigen. Leider existiert eine breite Bevölkerungsschicht, die die Aktivitäten der Nazis teilnahmslos akzeptieren, solange sie nicht selbst deren Opfer werden. Es ist nun wichtig, weiterhin aktiv zu bleiben und den Widerstand aufrecht zu erhalten. Zu lange bereits konnten in der Gegend Nazi-Banden ungestört walten, zu oft wurden Migrant/innen und Antifaschist/innen Opfer ihrer Brutalität. Es wird weiterhin Aktionen geben müssen, um dem ein Ende zu bereiten.